Neueste tagesaktuelle Berichte ... Interviews ... Kommentare ... Meinungen .... Textbeiträge ... Dokumente ...

Schattenblick

MA-Verlag | Elektronische Zeitung Schattenblick | Freitag, 8. Mai 2020

EUROPOOL / REDAKTION

COVID-19 in Italien - Überraschung, Schreck, Verlauf ... 7.5.2020

(SB) - In Italien könnte es nach Lage der Dinge und Einschätzung vieler Beobachter in Kürze zu einer Regierungskrise respektive -umbildung kommen. Wie die Nachrichtenagentur ANSA am heutigen Donnerstag ... *(S. 6)*

EUROPOOL / POLITIK

Brexit - die Wunde entzündet sich ...

(SB) - Zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich laufen die Verhandlungen über die Gestalt ihrer künftigen Beziehungen miserabel. Schuld daran ist nicht in erster Linie das Corona-Virus, an dem in den letzten Wochen sowohl die beiden Chefunterhändler, der Franzose ... *(S. 4)*

POLITIK / KOMMENTAR

Europa - gegen den Rest der Welt ...

(SB) - Die Europäische Union zeigt sich fest entschlossen, die aus der Zerschlagung Jugoslawiens hervorgegangene Kriegsbeute voll und ganz für sich zu beanspruchen. Die sechs Länder des Westbalkans (Serbien, Montenegro, Nordmazedonien, Kosovo, Albanien ... *(S. 7)*

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Drohende Attacken machen keinen Frieden

von Onno Oncken, 6. Mai 2020

Unsere Sicherheit wird uns weitere Milliarden kosten, während Entwicklungshilfe gerade in Krisen wie die, die der Covid-19 Virus ausgelöst hat, hintenüberfällt. Um das zu erkennen, braucht man momentan noch nicht einmal in ein Entwicklungsland schauen sondern nach Europa (Griechenland).

In Deutschland kümmert sich die Regierung derzeit um ein Rüstungsgeschäft, bei dem es um die nukleare Teilhabe im Rahmen des NATO Paktes geht und man gefragt werden möchte, ob jetzt die neue Atombombe eingesetzt wird, um es einmal zu zuspitzen.

Es ist mittlerweile weithin bekannt, wo in Deutschland die Amerikaner ihre Bomben stationiert haben und modernisieren wollen. Dass es laut Umfragen eine große Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik ablehnt und es seit 2010 einen Beschluss zur Abrüstung jener Flugkörper gibt, sollte man Frau Karrenbauer und Herrn Maaß vielleicht noch einmal sagen!

Nukleare Teilhabe kostet die westliche Welt mehr als nur Geld: Waffen kosten den Geist der Wissenschaftler und rauben den Kindern die Hoffnung. Es kommen Friedensaktivisten hinter Gitter obwohl allein die Androhung von Atomwaffen laut Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) in Den Haag seit 1996 völkerrechtswidrig ist ...

Der Abbau von Uran ist der Anfang vom Ende, in den USA leiden beispielsweise die Diné (Navaro) seit Jahrzehnten darunter, da die Sicherheitsvorkehrungen der Minen und Mühlen nicht ausreichen und das Trinkwasser kontaminieren. Auch in Europa, nämlich in Stráz pod Ralzkem in Tschechien, wurde in den 70ern für 15.000 Tonnen Uran ein riesiges Reservoir mit rund 400.000.000 Kubikmeter Wasser teils radioaktiv verseucht, zusätzlich wurden dafür Millionen von Tonnen an Chemikalien in den Untergrund gepumpt. Indizien dieser Altlasten der 70er Jahre sind dort auch an der Oberfläche noch zu sehen, die verseuchten Pumpen und Maschinen stehen weiterhin dort auf gesperrtem Gebiet herum; Die Anti-Atom-Bewegung Nuclear Heritage [1] besuchte die Menschen vor Ort

mehrmals und auch ich bin einmal mitgefahren, um mir ein Bild davon zu machen.

Die Zusammenkunft der Mayors for Peace dieses Jahr dürfte einer Depression ähneln, da ihre "Vision 2020" einen Großteil der Staaten scheinbar unbeeindruckt lässt und man das Ziel einer atomwaffenfreien Welt zwar verbal unterstützt, es aber auch zu oft in die fernere Zukunft verfrachtet. In einer Antwort auf meine Anfrage zu den neuen Kampfflugzeugen, die angeschafft werden sollen, meint Gisela Manderla, MdB CDU: "Die Bereitschaft und Fähigkeit, gemeinsam militärisch zu handeln bilden den Markenkern der Nato, der uns mit der europäischen Integration seit 70 Jahren Frieden in Europa ermöglicht."

Weil sich die sicherheitspolitische Lage angeblich zuspitzt, kann Deutschland sich sein Mitspracherecht hier vermeintlich nur durch die US-Atomwaffen-Modernisierung in Deutschland sichern. Die SPD brüstet sich in dieser Frage nur mit einem noch schnell hingelegten Papier und besteht auf eine gewissenhafte Diskussion, während die Medien scheinbar schon hochkochen, welch schwierige Entscheidung die Verteidigungsministerin nun treffen muss.

Aktuell schrieb der Deutschlandfunk dazu, dass die Sozialdemokraten am Wochenende den Abzug forderten, es jedoch auch Widerspruch aus den eigenen Reihen gab. Die CDU bezeichnet die Position als naiv obwohl, wie schon erwähnt, 2010 alle Parteien zusammen genau das beschlossen haben und: "Der SPD-Vorstoß folgt auf eine Debatte innerhalb der Großen Koalition über den Ersatz für die überalterte Tornado-Flotte der Luftwaffe." (DLF).

Die NATO scheint in der Diskussion hierbei als Feigenblatt für die seit Trump etwas angespannteren Internationalen Handelsbeziehungen gebraucht zu werden. Tatsache ist aber, dass andere Staaten innerhalb der Nato auf Atomwaffen verzichten, während ihre Mitgliedschaft nicht in Frage gestellt wird.

Vielleicht ist die regelmäßige Zuspitzung in der Frage um Nordkorea nach den Kriegen in Afghanistan und dem Irak gemeint. Wenn man sich allerdings vor Augen hält, wie stark die militärischen Aktivitäten dieses Staates überwacht werden und man den Raketen-Müll dort ins Meer gehen sieht, dann ist es trotzdem schändlich und bedrohlich, dass in Japan heute die US-Atomwaffen stationiert, bzw. zwischengelagert sind. Warum nicht mit gutem Beispiel vorangehen und die Ächtung der Atomwaffen durch die UN vorantreiben? Schließlich ist der Atomwaffenverbotsvertrag bereits von 36 Staaten ratifiziert worden,

Klar es geht um die Sicherheit. Büchel ist mit Sicherheit ein mögliches Angriffsziel, denn wo Atomwaffen stationiert sind, blinken seit dem Kalten Krieg die Satelliten über ihnen auf. Stanislaw Petrov hat die Welt vor einem 3. Weltkrieg bewahrt und konnte sich dabei nicht auf die Überwachung durch Computer und ein von Sonnenspiegelungen gestörtes Frühwarnsystem verlassen. Das Radar als letzte Kontrollinstanz ließ ihn zögern, sonst wäre 1983 der Atomkrieg ausgebrochen [2].

Mit neuen Atomwaffen tauchen neue Probleme auf, wie zum Beispiel, das "discrimination problem". Die Amerikaner können die Trident U-Boote sowohl mit taktischen als auch strategischen Raketen oder mit beiden bestücken. Diese sind für den Gegner vor dem Einschlag nicht unterscheidbar [3].

Das bringt uns zu den Menschen, denen durch Haft der Mund verboten wird, in Deutschland wurden Amerikaner wiederholt nicht belangt, wenn sie auf einen deutsch-amerikanischen Atomwaffenstützpunkt eindringen. Anders hingegen die Strafen in den USA, dort wirft man zum Beispiel Martha Hennessy, einer Urenkelin der von der Stadt New York geehrten Dorothy Day und eine der Kings Bay 7 [4], vor, sich verschworen zu haben um in die Trident-Basis eindringen zu können um dort gewaltfreie, aber sehr symbolstarke Protestaktionen im Geiste von Martin Luther King gegen Atomwaffen durchzuführen. Ihnen drohen bis zu 20 Jahre Haft, das nächste Verfahren wird Ende Mai geführt!

Drohende Attacken machen keinen Frieden

In Deutschland kommen dieses Jahr noch sechs weitere Fälle gegen Friedensaktivisten vor Gericht. Insgesamt laufen noch 38 Strafverfahren, eines dieser Verfahren brachte die junge Clara T. wegen "Go-In-Aktion" für eine Woche ins Gefängnis (Pressenza: Atomwaffengegnerin 7 Tage in Haft [5]).

Die Anklagen lauten Eindringen in einen militärischen Sperrbezirk, Fotografieren der Anlage, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Nichtbefolgen von Auflagen der Demonstration.

Von BUND, Greenpeace, ICAN, IPPNW, Medico International, Nuclear Free Future Foundation und dem Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen gibt es einen offenen Brief an Frau Merkel im Netz [6].

In diesem Appell für die Abrüstung und gegen die Neuanschaffung von kompatiblen Trägersystemen in Form von Kampfjets wird auch die russische Seite kritisiert, aber wer die Rüstungsspirale zuerst in Gang gesetzt hat, möchte ich hier jetzt nicht erörtern. Wir erinnern uns, dass es bei dieser Problematik vor allem um die Nichterneuerung des INF (Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty) ging. Kritisch ist auch die neue Ausrichtung der Strategie des Nato-Oberbefehlshabers zu sehen, der die neuen Bomben nicht nur als Abschreckung versteht, was auch im Brief erwähnt wurde. Verträge wie das New-Start- und das Open Skies-Abkommen wanken.

Deutschland wurde auf der Sicherheitskonferenz in München schon vorgeführt, als gäbe es das von uns so hochgehaltene Mitspracherecht nicht. Wenn es um Sicherheit geht, braucht es verlässliche Partner und ob die NATO als Nachkriegsorganisation, in der Deutschland immer schon kritisch beäugt wurde, heute noch unseren Erwartungen von Demokratie entspricht, ist fraglich. Frau Merkel sollte sich in diesem Sinne noch einmal die Umfragen zu Atomwaffen ansehen. Deutschland wird mit Sicherheit nicht aus der NATO rausgeschmissen, egal wie wir uns entscheiden. Nicht egal sind unsere Milliarden und ob wir den Weg Richtung Frieden einschlagen.

Petitionen zum Thema:

Atombomber? Nein Danke! [7]

Sign Global Petition to Dismiss Charges Against Anti-Nuclear Plowshares Activists Facing 25 Years [8]

Über den Autor

Onno Oncken, ehrenamtlicher Umweltschützer und Friedensaktivist aus Ostfriesland, geboren 1981.

Anmerkungen:

[1] http://nuclear-heritage.net/

[2] https://www.spiegel.de/geschichte/stanislaw-petrow-der-mann-der-die-welt-rettete-ist-tot-a-1168721.html

[3] https://nukewatch.org/new-and-updated-item/the-low-yield-nuclear-warhead-a-dangerous-weapon-based-on-bad-strategic-thinking/).

[4] https://kingsbayplowshares7.org/

[5] https://www.pressenza.com/-de/2019/03/atomwaffengegnerin-7-tage-in-haft/

[6] https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/offener_brief_nukleare_abruestung.pdf

[7] https://weact.campact.de/petitions/atombomber-nein-danke

[8] https://actionnetwork.org/petitions/sign-global-petition-to-dismiss-charges-against-anti-nuclear-plowshares-activists-facing-25-years?source=direct_link&

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

*

Quelle:
Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/meinung/bmsp0461.html

Kooperationspartner

poonal
Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: http://www.npla.dee

Pressenza
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

EUROPOOL / REDAKTION / PARTEIEN

Brexit - die Wunde entzündet sich ...

(SB) 7. Mai 2020 - Zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich laufen die Verhandlungen über die Gestalt ihrer künftigen Beziehungen miserabel. Schuld daran ist nicht in erster Linie das Corona-Virus, an dem in den letzten Wochen sowohl die beiden Chefunterhändler, der Franzose Michel Barnier und der Engländer David Frost, leicht und der britische Premierminister Boris Johnson schwer erkrankten. Nein, Ursache der fehlenden Einigung ist die Verhandlungsstrategie der Briten, die weiterhin mit der Drohung eines für beide Seiten schädlichen "No-Deals" die ehemaligen EU-Partner zu einem großzügigen Freihandelsabkommen nach den Vorstellungen der harten "Brexiteers" zwingen zu können glauben.

Ende April hat sich Barnier enttäuscht über den bisherigen Verlauf der Gespräche gezeigt, die zur Vermeidung der Covid-19-Ansteckungsgefahr inzwischen lediglich per Telefonkonferenz abgehalten werden. Weil die Corona-Pandemie und die damit einhergehenden Einschränkungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens in Europa alle bis Anfang 2020 gültigen ökonomischen Perspektiven über den Haufen geworfen hat, war in den verschiedenen Hauptstädten auf dem Kontinent vielfach die Idee einer Verlängerung der Übergangsphase, in der sich das Vereinigte Königreich weiterhin an die EU-Regeln halten muß, ventiliert worden - um ein oder maximal zwei Jahre vielleicht (Formal ging nach 47 Jahren die Mitgliedschaft von Großbritannien und Nordirland in der EU am 31. Januar zu Ende). Noch als Boris Johnson im Londoner Krankenhaus lag, hatte David Frost derartigen Anregungen eine kategorische Absage erteilt. Die Übergangsphase laufe am 31. Dezember aus; "Sollte die EU um eine Verlängerung bitten, werden wir mit Nein antworten", so der britische Verhandlungsleiter am 16. April per Twitter.

Kaum war Johnson wieder außer Lebensgefahr und auf dem Weg der Genesung, da brach der Streit um die irische Grenze, die seit 2016 die ganze Brexit-Problematik extrem kompliziert macht, wieder voll los. Ende April zog London seine frühere Zusage, die EU dürfe auch ab dem 1. Januar 2021 ein Büro in Belfast unterhalten, dessen Mitarbeiter die Einhaltung die vereinbarten Waren- und Lebensmittelstandards an den nordirischen Flug- und Seehäfen kontrollieren und den Handel zwischen Nordirland und Großbritannien überwachen können, um die Einführung einer "harten" Grenze mit Zollhäuschen zwischen der Republik Irland und dem Norden der grünen Insel zu vermeiden, einfach zurück. Damit wurden Befürchtungen, die im Februar nach der Entlassung des bisherigen Nordirlandministers Julian Smith und des Justizministers Geoffrey Cox aufgetaucht waren, nämlich daß Johnson seine Ende 2019 gemachten Zusicherungen gegenüber dem irischen Premierminister Leo Varadkar bezüglich der unbedingten Beibehaltung der "unsichtbaren" irischen Grenze und Londons Einhaltung seiner Verpflichtungen nach dem Karfreitagsabkommen von 1998, mit dem der Bürgerkrieg in Nordirland zu Ende ging, über Bord werfen werde, wieder zur Wirklichkeit.

Das Szenario entspricht den Wünschen der harten Brexiteers, die inzwischen Johnsons konservative Partei dominieren. Die englischen Chauvinisten sind nicht nur Deutschland, Frankreich und Spanien gegenüber feindlich eingestellt, sie halten den Friedensvertrag, den damals der Sozialdemokrat Tony Blair im Namen Ihrer Majestät Königin Elizabeth II mit Dublin, der Untergrundorganisation Irisch-Republikanische Armee (IRA) sowie allen nordirischen Gruppierungen mit Ausnahme der probritischen, protestantisch-fundamentalistischen Democratic Unionist Party (DUP) ausgehandelt hat, für eine schändliche Kapitulation gegenüber den "Terroristen" und einen Verrat am britischen Soldatentum. Kein Wunder also, daß seit vier Jahren die DUP, die inzwischen die stärkste protestantische Kraft in Belfast ist, und die konservative Regie-

rung in London, den Brexit nutzen, um die friedliche Überwindung der Teilung Irlands, wie sie im Karfreitagsabkommen vorgesehen war, zu blockieren bzw. in ihr Gegenteil zu verkehren.

Durch die Corona-Krise und die damit einhergehende Frage nach den besten Methoden zur Bekämpfung der Seuche hat die Grenzproblematik in Irland eine neue Dringlichkeit erhalten. Die Regierung in Dublin hat bereits Anfang März angefangen, die Schulen zu schließen und Großveranstaltungen abzublasen. Johnson, der die Pandemie zunächst auf die leichte Schulter nahm, hat ähnliche Maßnahmen eine Woche bis zehn Tage später ergriffen. Durch die unterschiedliche Handhabung ist die Republik Irland bisher relativ glimpflich durch die Krise gekommen, wenngleich die Ausbreitung der Lungenkrankheit in den Alten- und Pflegeheimen kein gutes Zeugnis ausstellt. Das Vereinigte Königreich dagegen hat sich zum Land in Europa mit den meisten Corona-Toten entwickelt. Während andere europäische Staaten bereits mit ersten Lockerungen beginnen, muß London damit noch warten, da sich die Rate der Infektionszunahme nicht abflacht. Weil sich die Gesundheitsbehörden in Nordirland nach den Vorgaben aus London gerichtet haben und nicht dem Beispiel Dublins gefolgt sind, liegt auch die Pro-Kopf-Zahl der Infizierten und der Todesopfer in den sechs nordöstlichen Grafschaften höher als in den restlichen 26.

Während alle Epidemiologen empfehlen, die Insel Irland als Einheit zu behandeln, lehnt die DUP in der Corona-Krise eine Zusammenarbeit mit Dublin ab, die über den reinen Informationaustausch hinausgeht. Das entspricht dem Verhalten Londons gegenüber der EU. Im Februar hat London die Einladung aus Brüssel zur Teilnahme an einer paneuropäischen Aktion zum Großeinkauf von Beatmungsgeräten, Schutzkleidern für Krankenhauspersonal und Atemschutzmasken auf dem Weltmark aus ideologischen Gründen ausgeschlagen. Als dieser Umstand Ende März, Anfang April, als in den britischen Krankenhäusern der Mangel an diesem Material extrem groß war, in der britischen Öffentlichkeit bekannt wurde, kam es zu einer heftigen politischen Kontroverse.

Demnächst wollen die irischen und britischen Regierungen ihrer Bürger zum Herunterladen jeweils einer eigenen, landesspezifischen Smartphone- App veranlassen, um die Verbreitung des Corona-Virus sichtbar und bekämpfbar zu machen. Während sich Dublin wie die anderen EU-Regierungen für die dezentralisierte Version von Google/Android und Apple/iOS entschieden hat, bei der die Daten auf dem Telefon des Besitzers gespeichert bleiben, favorisiert London eine Variante, die der Zentralregierung und vor allem dessen Geheimdiensten den Datenzugriff ermöglichen. An der Entwicklung der britischen Covid-19-App sind zudem Personen und Unternehmen beteiligt, die Johnson und seinem wichtigsten Politberater Dominic Cummings nahestehen. Die Rede ist vom britischen Start-Up-Unternehmen Faculty und dem US-Software-Anbieter Palantir Technologies, dessen wichtigster Anteilseigner bekanntlich der Hedge-Fond-Manager und Donald-Trump- Vertraute Peter Thiel ist. Man darf gespannt sein, für welche der beiden Apps sich die Menschen in Nordirland entscheiden werden.

Jedenfalls dürften die Träume der europhobischen Brexiteers von einem Freihandelsabkommen mit der EU nach Art Kanadas bald platzen. Ihnen steht eine harte Landung auf dem Boden der Realität bevor. Wie die Europa-Korrespondentin Naomi O'Leary am 6. Mai in der Irish Times berichtete, ist man in Brüssels "vom Brexit-Drama mit dem Vereinigten Königreich zunehmend abgestumpft". Im Juli übernimmt Deutschland die halbjährliche EU-Ratspräsidentschaft. Bis Ende 2020 dürfte die Regierung Angela Merkels praktisch nur noch mit der Überwindung der Corona-Krise und der Wiederbelebung der Wirtschaft Deutschlands und der EU befaßt sein und somit wenig oder gar keinen Platz haben, um die Sonderwünsche des "kranken Manns von Europa" zu berücksichtigten.

http://www.schattenblick.de/infopool/europool/redakt/prtn-401.html

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare ... Interviews ... Reportagen ... Textbeiträge ... Dokumente ... Tips und Veranstaltungen ...

http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html

EUROPOOL / POLITIK / ITALIEN

COVID-19 in Italien -

Überraschung, Schreck, Verlauf ... 7.5.2020

(SB) 7. Mai 2020 - In Italien könnte es nach Lage der Dinge und Einschätzung vieler Beobachter in Kürze zu einer Regierungskrise respektive -umbildung kommen. Wie die Nachrichtenagentur ANSA am heutigen Donnerstag anmerkte, wirkten die Versuche von Ministerpräsident Giuseppe Conte, die Regierungsmehrheit zusammenzuhalten und Matteo Renzi, den Chef der mitregierenden Partei Italia Viva (IV - Lebendiges Italien), von dessen "Dynamik der Konfrontation" abzubringen, auf seine Partner irritierend. Klar sei doch, daß "das einzige Ziel der Renzianer darin besteht, Conte zu zermürben".

Anlaß zum Streit bietet diesmal der Vorschlag der Senatorin und Landwirtschaftsministerin Teresa Bellanova von Renzis IV, den rund 670.000 in der Landwirtschaft illegal arbeitenden migrantischen Erntehelfern Ausweispapiere auszustellen. Für den Fall, daß der Ministerpräsident dieser Forderung nicht nachkomme, hat Bellanova ihren Rücktritt angekündigt, was Conte die Mehrheit im Senat kosten und damit das Ende seiner Regierung bedeuten würde. Dieser eigentlich sogar progressive Ansatz "paßt" nicht in das übrige politische Konzept Renzis, der Berlusconi in die Regierung holen will, sich aber auch von Neuwahlen einen Stimmenzuwachs verspricht.

Laut ANSA habe Renzi mit drohendem Unterton darauf verwiesen, daß Conte auf alle Stimmen der 17 seiner Partei (IV) angehörenden Senatorinnen und Senatoren angewiesen ist. Für den kommenden Samstag habe er eine Versammlung aller Abgeordneten und Senatoren der IV einberufen, um das weitere Vorgehen in dieser Frage zu beraten.

Viele Konfliktthemen bieten sich an. "Von der Regularisierung der Migranten bis zur Fußballmeisterschaft gibt es Streit um alles, vom Noteinkommen bis zu Maßnahmen für Unternehmen", so Renzi. Finanzminister Roberto Gualtieri habe außerdem die von Conte abgelehnten Kredite des Europäischen Stabilitätsmechanismus (MES) zur Annahme empfohlen. Hinzukomme, so ANSA, das prognostizierte Absinken des BIP auf 9,5 Prozent sowie die ablehnende Haltung des Industriellenverbandes Confindustria in der Frage der "Arbeitszeitverkürzung bei gleichen Löhnen".

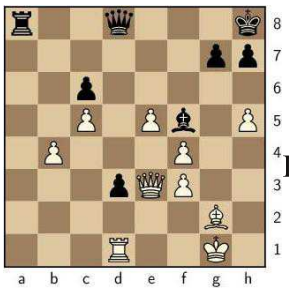
Nach Einschätzung der römischen Tageszeitung "La Repubblica" tendiere alles dahin, daß Ministerpräsident Conte am Samstag das Mißtrauen ausgesprochen werde, was das Ende der von ihm angeführte Regierung bedeuten würde.

http://www.schattenblick.de/infopool/europool/politik/e-it0319.html

SCHACH - SPHINX

Friedvolle Aura

(SB) - Das Dr.Elekes-Gedenkturnier, das 1980 in Zamárdi, einem kleinen Städtchen an den Ufern von Ungarns größtem See, dem Plattensee, stattfand, verlief ziemlich unspektakulär. Offenbar hatte die friedvolle Stimmung des Erholungsortes derart auf die Kampfbereitschaft der Teilnehmer eingewirkt, daß am Ende eine sehr hohe Remisquote zu Tage trat. Selbst der Turnierfavorit Josif Dorfman aus der Sowjetunion, der schließlich auch zum Sieger des Wettkampfs avanchierte, konnte zuletzt nicht mehr als vier Siege bei zehn Unentschieden vorweisen, was dennoch reichte, da seine Mitstreiter noch zahmer am Brett gefochten hatten. Ungarns Elite enttäuschte sehr. In der Großmeistergruppe erbrachte der Internationale Meister Székely mit seinem siebten Platz noch das beste Ergebnis unter seinen Landsleuten. Ins heutige Rätsel der Sphinx schaffte es so nur die Begegnung zwischen Dorfman und dem Dänen Kristiansen. Der Nordmann hatte sich sehr auf das Voranschreiten seines d-Bauern verlassen, dabei aber außer acht gelassen, daß Dorfmann noch einen Trumpf in der Hinterhand versteckthielt, Wanderer.



Dorfman - Kristiansen Zamárdi 1980

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels Seite 13:

POLITIK / KOMMENTAR / HEGEMONIE

Europa - gegen den Rest der Welt ...

Wir haben eine besondere Verantwortung, unsere Partner auf dem Westbalkan bei dieser Pandemie zu unterstützen, da ihre Zukunft eindeutig in der EU liegt.
EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen [1]

(SB) 7. Mai 2020 - Die Europäische Union zeigt sich fest entschlossen, die aus der Zerschlagung Jugoslawiens hervorgegangene Kriegsbeute voll und ganz für sich zu beanspruchen. Die sechs Länder des Westbalkans (Serbien, Montenegro, Nordmazedonien, Kosovo, Albanien, Bosnien-Herzegowina) sollen über Beitrittsverhandlungen eingebunden und auf die Bedürfnisse der Kapitalfraktionen in den europäischen Kernländern zugerichtet werden, was sich als überaus langwieriger Prozeß erweist. Das Beitrittsverfahren sieht umfängliche Kapitel vor, bei denen es im Kern darum geht, eine eigenständige gesellschaftliche Entwicklung zu verhindern und Satelliten zu schaffen, die der Kapitalverwertung keine Hindernisse in den Weg stellen. Die eingeforderten Reformen an Staat und Wirtschaft zwingen den Ländern beträchtliche Anstrengungen zu eigenen Lasten auf, an deren erhofftem Ende ein Status als Juniorpartner der die EU anführenden Volkswirtschaften wie insbesondere Deutschland steht. Ziehen sich die Verhandlungen ohne absehbares Ergebnis über die Jahre hin, wachsen unter den Kandidaten zwangsläufig Zweifel, ob es tatsächlich eine unabweisliche oder auch nur potentiell günstige Option ist, an der langen Leine der EU-Kommission geführt zu werden. Das gilt um so mehr, je stärker andere auswärtige Akteure auf den Plan treten und ihnen vielversprechende Avancen machen, um ihrerseits auf dem Balkan Fuß zu fassen.

Aus Perspektive der EU, die sich ohnehin gern, aber unzulässigerweise mit Europa gleichsetzt, ist der wirtschaftlich wie geostrategisch wichtige Balkan unbestreitbar eine europäische Region, in der außenstehende Mächte nichts zu suchen haben. Das gilt für China, das hier wie vielerorts auf der Welt mit großzügigen Offerten nicht spart, um sich ökonomisch zu etablieren, ohne konkrete politische Auflagen damit zu verbinden. Das gilt für Rußland, das lange Zeit insbesondere Serbien unterstützt hat, aber auch für die USA, die nirgendwo freiwillig wieder komplett abziehen, wo sie einmal Krieg geführt haben. Auch die Türkei dringt im Zuge ihrer neoosmanischen Expansionsgelüste in diese Region vor, um insbesondere islamische Bevölkerungen für ihre Zwecke zu gewinnen, und selbst manche Golfstaaten haben längst ihre Fühler ausgestreckt, um mit Geschenken rasch zu erkaufen, was die EU nur als ferne Vision von Wachstum und Wohlstand in Aussicht stellt.

Der Situation bewußt, daß sein Land nicht ausschließlich auf die EU angewiesen ist, sondern die Konkurrenten womöglich in gewissem Umfang gegeneinander ausspielen kann, setzte Aleksandar Vucic Anfang April ein unüberhörbares Warnsignal. Der serbische Präsident trat mit kaum gezügelter Wut vor die Presse und erklärte: "Es gibt keine europäische Solidarität, das war ein Traum aus Papier. Nur China kann uns helfen!" Er bezog ich darauf, daß die EU zu dem Zeitpunkt ein Exportverbot für medizinisches Schutzmaterial erlassen hatte, während China unverzüglich Atemschutzmasken und anderes Material nach Belgrad flog, wobei Chinas Präsident den serbischen Amtskollegen einen "Freund und Bruder" nannte.

Diese wohlinszenierte Abkehr von der EU verhallte nicht ungehört, gilt Vucic doch als wichtigster Verhandlungspartner in den Westbalkanstaaten, auf den die EU-Kommission seit Jahren baut. Er ist nicht nur Präsident des größten Landes der Region, sondern hat auch mit seiner westlichen Ausrichtung Serbien aus einem absoluten Feindbild der kerneuropäischen Regierungen in einen bevorzugten Aufnahmekandidaten verwandelt. So glaubt man in Brüssel, nur Vucic könne Serbien in die EU führen, das dann wiederum eine Sogwirkung auf die gesamte Region entfalten könnte, so daß kleinere Länder ihre Anstrengungen intensivieren, dem Beispiel Belgrads zu folgen. Die angedrohte Kehrtwende des

serbischen Präsidenten hat sicher keinen grundlegenden Strategiewechsel der EU-Kommission ausgelöst, aber doch die Alarmglocken schrillen lassen und offenbar einige Dinge beschleunigt.

Um nichts anbrennen zu lassen, hat sich die EU zum Klotzen entschlossen, was den Westbalkan betrifft. Für diese sechs Länder wurde das Exportverbot für medizinische Schutzgüter aufgehoben, womit dies die einzige Region außerhalb der EU ist, die eine solche Vorzugsbehandlung erfährt, wie es in den entsprechenden Dokumenten der Kommission heißt. Vor allem aber helfen EU und Europäische Investitionsbank den Ländern der Region mit insgesamt mehr als 3,3 Milliarden Euro, um die Pandemie zu bekämpfen und deren Folgen abzumildern. 38 Millionen Euro flossen als Direkthilfe, wovon unter anderem Atemmasken, Beatmungsgeräte und Schutzkleidung erworben werden sollen. Auch auf der politischen Ebene hat sich einiges bewegt, denn die EU hat den Weg für Beitrittsgespräche mit Nordmazedonien und Albanien freigemacht. Zudem winkt dem Westbalkan mittelfristig ein neuer milliardenschwerer Investmentplan, um Wachstum und Modernisierung in der Region weiter anzukurbeln.

Die Staaten der EU waren schon vor der Coronakrise die wichtigsten Wirtschaftspartner des Westbalkans und zeigen nun Flagge, daß sie das auch künftig zu bleiben gedenken. Daran ließ die eingangs zitierte Kommissionspräsidentin keinen Zweifel, die der Konkurrenz einen Schuß vor den Bug setzt. "Die Länder des westlichen Balkans sind geografisch, historisch und wirtschaftlich die engsten Partner der EU", betont auch David McAllister, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments. "Eine europäische Zukunft für den gesamten Westbalkan ist daher eine geostrategische Investition in ein stabiles, starkes und geeintes Europa auf der Grundlage gemeinsamer Werte." Aber er betont auch: "Der Beitrittsprozess ist ein Marathon und kein Sprint." "Unsere Arbeit wird weiter gehen", kündigte der EU-Kommissar für Erweiterung, Oliver Varhelyi, an, "weil wir einen Investitionsplan für die Region vorbereiten, um die harten Folgen der Krise abzumildern." Die "Entwicklungslücke" gegenüber der EU müsse geschlossen werden.

Eigentlich sollte der EU-Gipfel zur künftigen Erweiterung der Union als Höhepunkt der kroatischen Ratspräsidentschaft in Szene gesetzt werden. Doch angesichts der Coronapandemie kam es anders. Von dem aufwendig geplanten Treffen in der kroatischen Hauptstadt Zagreb blieb eine drei Stunden dauernde Videokonferenz der 27 EU-Staats- und Regierungschefs, zu der auch die Regierungschefs der sechs Beitrittskandidaten zugeschaltet wurden. Kroatien, das im ersten Halbjahr 2020 den Vorsitz in der Union führt, ist als jüngstes Mitgliedsland der EU im Sommer 2013 beigetreten. Acht Jahre hatten die Verhandlungen dafür gedauert, weshalb der derzeitige Ratspräsident die Lage der aktuellen Kandidaten durchaus nachvollziehen kann. Andrej Plenkovic hatte im Februar einen intensiveren Austausch zwischen der EU und den Balkanstaaten angemahnt: "Die Erweiterung ist die wichtigste politische Strategie der EU. Sie ist eine geostrategische Investition in ein starkes Europa."

Im Kampf um den Westbalkan ist die EU als wichtigster Handelspartner und unmittelbarer Nachbar eindeutig in der günstigsten Position. Allerdings muß sie auch etwas dafür tun, um diesen Vorteil nicht einzubüßen, während die Konkurrenten Milliardensummen investieren, um Brücken, Schulen und Moscheen zu bauen oder Medien zu kaufen, womit sie ihren Einfluß auf politische Entscheidungen sukzessive ausweiten. So betont Erweiterungskommissar Varhelyi denn auch: "Der Gipfel und dieses Jahr insgesamt werden einen Wandel für die Westbalkanländer bewirken und sie wieder nach ganz oben auf der europäischen Agenda bringen." Die Unterstützung in der Coronapandemie zeige, daß Brüssel diese Länder als "privilegierte Partner" und "künftige Mitgliedstaaten" betrachte: "Wir sind mehr engagiert als jemals zuvor. Ich erwarte, dass der Gipfel unsere Solidarität unterstreicht, ebenso wie die Notwendigkeit eines Wirtschafts- und Investitionsplans, der der Region hilft, wirtschaftlich wieder Fuß zu fassen, der die Konjunktur beflügelt und Reformen unterstützt."

Ein Anschub ist insofern dringend geboten, als die Westbalkanländer bereits im Jahr 2003 ein Beitrittsversprechen der EU erhalten haben. Seither ist aus ihrer Sicht jedoch viel zu wenig passiert. Während Brüssel darauf beharrt, daß die Reformen in der Region zu langsam voranschreiten, nimmt die Abwanderung der Bevölkerung in Richtung EU und USA zu, fast jeder zweite Jugend-

liche ist arbeitslos. Hinzu kommen Widerstände innerhalb der EU, da insbesondere Frankreichs Präsident Emmanuel Macron deutlich gemacht hat, daß er einer schnellen Erweiterung der EU in Richtung Südosteuropa ablehnend gegenübersteht. Noch im Oktober 2019 legte er bei einem EU-Gipfel überraschend sein Veto gegen die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit Nordmazedonien und Albanien ein. Auch die Niederlande und Dänemark sind gegenüber einer Erweiterung skeptisch. Erst nachdem die EU-Kommission einige zusätzliche Hürden für den Beitritt eingebaut hatte, gab Macron seine Zustimmung. Damit hat die EU zwar den Weg für Beitrittsgespräche mit diesen beiden Ländern freigemacht, doch einen sehr langwierigen Prozeß eingeleitet, der jederzeit von den Mitgliedsstaaten gestoppt werden kann.

Frankreich fürchtet offenbar einen weiter wachsenden Einfluß Deutschlands, das von einer Aufnahme der Westbalkanstaaten am stärksten profitieren könnte. Beispielsweise plant die Deutsche Bahn, Südosteuropa für Gütertransporte als Transitraum nutzen, der den europäischen mit dem chinesischen Markt verbindet. Das Jahr 2025 bleibt jedoch als "indikatives Datum" weiter bestehen: In fünf Jahren könnten möglicherweise schon die ersten beiden Staaten, Serbien und Montenegro, der EU beitreten, sofern sie alle Bedingungen erfüllen. Dies würde voraussichtlich zu einem Dominoeffekt in der Region führen. Wie weit der durch vergleichsweise großzügige Hilfen in der Coronakrise erzeugte Schwung reicht, wird sich zeigen, wenn die Verhandlungskapitel mit Nordmazedonien und Albanien geöffnet sind. Sollten einzelne EU-Länder mauern und damit glaubwürdige Beitrittsverhandlungen torpedieren, könnte die Stimmung in den Kandidatenländern schnell wieder ins Gegenteil umschlagen. [2]

Die Kernbotschaft des Westbalkangipfels soll aus Sicht der EU-Kommission die gleiche bleiben wie vor der Pandemie: Das Beitrittsversprechen für die sechs Kandidaten gilt, die sich jedoch im Gegenzug noch einmal dazu verpflichten sollen, die angemahnten Reformen voranzutreiben. Serbien, der größte der aus dem zerschlagenen Jugoslawien hervorgegangenen Staaten, verhandelt seit 2014 mit der EU. Präsident Vucic gibt sich grundsätzlich proeuropäisch und zu Verhandlungen mit Kosovo über dessen Status bereit. Die EU bescheinigt Serbien gute Ansätze, bemängelt aber Defizite in der demokratischen Kultur, weil der Präsident autoritäre Züge habe und die Opposition das Parlament boykottiert. Auch im Justizwesen und bei der Eindämmung der Korruption hapere es noch. Der kleinste Balkanstaat Montenegro verhandelt seit 2012 mit der EU und ist dabei am weitesten vorangekommen. 32 der 35 Verhandlungskapitel sind in Arbeit. Die EU kritisiert den nur mittelmäßig engagierten Kampf gegen organisiertes Verbrechen und Korruption. Noch sei Montenegro nicht ausreichend für eine Mitgliedschaft vorbereitet, heißt es im letzten Fortschrittsbericht der EU. Seit 2017 in Montenegro bereits Mitglied der NATO.

Nordmazedonien bescheinigt die EU schon seit 2018 große Fortschritte und die Befähigung zu Beitrittsverhandlungen. Nachdem sich Mazedonien in Nordmazedonien umbenannt hatte, um den hemmenden Namensstreit mit Griechenland zu beenden, schien die Tür weit offen zu stehen. Doch dann mußte der Beitrittsprozeß auf französischen Druck hin überarbeitet werden. Nun könnten die Verhandlungen starten, wobei neuerdings Bulgarien wegen des Streits um eine Historiker-Kommission mit einem Veto droht. In Albanien sind politisches System, Justiz und öffentliche Verwaltung "einigermaßen" auf dem Weg in Richtung EU-Standards, heißt es im Fortschrittsbericht. Seit 2018 bescheinigt die EU-Kommission Albanien die Reife für Beitrittsverhandlungen. Doch wie Nordmazedonien mußte sich Albanien noch bis März 2020 gedulden, ehe die EU ihren Beitrittsprozeß reformiert hatte. Jetzt wartet das Land auf den konkreten Startschuß für Verhandlungen, die aber noch zehn Jahren dauern könnten.

Kosovo wird nach wie vor von fünf EU-Mitgliedern nicht als Staat anerkannt, was die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen fast unmöglich macht. Immerhin gibt es ein Assoziierungsabkommen zur Heranführung an EU-Normen. Mit Serbien, von dem sich Kosovo losgelöst hatte, steht eine gegenseitige Anerkennung und Aussöhnung noch aus. Kompliziert ist die Lage insbesondere deswegen, weil die EU und die USA unterschiedliche Auffassungen von einer Befriedung haben. Überdies hat Kosovo derzeit keine handlungsfähige Regierung. Noch am Beginn der Heranführung an die EU steht Bosnien-Herzegowina, in dem drei Volks-

gruppen mehr schlecht als recht zusammenleben. Staatliche Verwaltung und Justiz zeigen erste Ansätze, so die EU-Kommission, doch müsse weiter an Reformen gearbeitet werden. Noch immer ist dort eine EU-Militärmission präsent, um den fragilen Staat zu stabilisieren, so daß die Aussicht auf Beitrittsgespräche in weiter Ferne liegt. [3]

Wie diese eher durchwachsene Zusammenschau zeigt, geht es Brüssel gegenwärtig vor allem darum, die Westbalkanländer bei Laune und auf EU-Kurs zu halten, um ihre Bereitschaft einzudämmen, auf schnellere Wege der Unterstützung zu setzen, die ohne Auflagen gewährt wird. Die führenden Mächte Westeuropas können kaum umhin, ihre Versprechen einzulösen und kräftig nachzulegen, lange bevor ein erfolgreicher Abschluß der zähen Beitrittsverhandlungen in Sicht ist. Die historische Chance einer friedlichen Koexistenz mit dem blockfreien Jugoslawien wurde gezielt zunichte gemacht, um diesen Gesellschaftsentwurf zu zerstören und den nächsten Raubzug auf dem Balkan unter maßgeblicher deutscher Führerschaft zu eröffnen. Die Trümmer des Angriffskriegs in eine nachhaltige Fundgrube für das westliche Kapital zu verwandeln und zugleich die Begehrlichkeiten anderer Mächte zurückzudrängen erweist sich auch im Falle des Balkans als überaus kostspieliger und strapaziöser Prozeß, dessen menschliche Opfer in Krieg und Frieden Legion sind.

Anmerkungen:

[1] www.welt.de/politik/ausland/article207759343/Balkan-Die-EU-Erweiterung-rueckt-naeher.html

[2] www.zeit.de/politik/ausland/2020-05/westbalkangipfel-europaeische-union-beitrittsverhandlungen-coronavirus-pandemie

[3] www.dw.com/de/eu-will-den-westbalkan-bei-laune-halten/a-53337178

http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/hege1835.html

POLITIK / KOMMENTAR / KULTUR

Quarantäne, Klimakrise und der Rest -

Neue Reproduktions- und Konsumkulturen ...

(SB) 7. Mai 2020 - Angesichts der Quarantänesituation und der zur Eindämmung der Klimakrise erforderlichen Verbrauchsreduktionen wird viel über Verzicht, aber wenig über die Entdeckung neuer Möglichkeiten gesprochen. Verzicht hört sich für die meisten Menschen so an, als solle ihnen etwas weggenommen werden. Im Rückgriff auf leidgeprüfte Erfahrungen liegen sie nicht falsch, allerdings müssen diese nicht auf gleiche Weise in die Zukunft verlängert werden. Leicht wird vergessen, daß es sich um das zentrale Funktionsprinzip der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft handelt, die Lohnabhängigen nicht für ihre gesamte Arbeitszeit zu bezahlen, sondern den als Mehrwert definierten Teil einzubehalten, weil sich ohne ihn aus der Produktion kein Profit erzielen läßt. Verkürzt könnte man sagen, daß es sich beim Lohn um dasjenige handelt, was einem bereits genommen wurde. Es ist kein Privileg, die Lebenszeit für Geld zu verkaufen und sich damit ein kleines Stück der glitzernden Warenwelt zu sichern, sondern purer, durch das Verhindern anderer Reproduktionsmöglichkeiten bedingter ökonomischer Zwang.

Auf die persönliche Beteiligung an der kapitalistischen Verwertungslogik angewiesen zu sein und damit an dem Ast zu sägen, auf dem die ganze Gesellschaft mit anwachsender Absturzgefahr sitzt, ist diesem grundlegenden Widerspruch immanent, auch wenn Klimakrise und Naturzer-

störung als äußere Bedrohung erlebt werden. Der zerstörerische Charakter der dem Kapitalverhältnis abgerungenen sozialen Reproduktion wird immer mehr Menschen bewußt, nur werden daraus Schlußfolgerungen gezogen, laut denen das Drehen an einigen Stellschrauben des Gesamtsystems ausreiche, um dieses Problem zu bewältigen. Die Erkenntnis, daß es nicht genügen wird, die Energieproduktion eins zu eins auf Wind und Solar umzustellen, um weiterhin jenes Wachstum zu erzeugen, das zur Versorgung aller Menschen als unabdinglich dargestellt wird, leuchtet allerdings immer mehr Menschen ein. Ob E-Mobilität oder Mülltrennung, ob Emissionszertifikate oder CO2-Steuer, es bleibt am Ende die gleiche Maschine kapitalistischer Überproduktion und sozialer Ungleichheit, die ohne Krieg, Kolonialismus, Rassismus und Patriarchat nicht auskommt.

Die Prognosen der Erderwärmung und andere destruktive Verläufe der gesellschaftlichen Naturverhältnisse zeigen mit anwachsender Dringlichkeit auf, daß es tiefgreifender Veränderungen in der herrschenden Produktionsweise bedarf, um die Zukunft der Lebewesen und Natursysteme zu sichern. Da derartige Umbrüche unterhalb der Schwelle revolutionärer Interventionen kaum zu verwirklichen sind, weil ihnen mächtige Interessen entgegenstehen, leuchtet um so mehr ein, daß sich schon in einer von Entfremdung und Kompensationsnot bestimmten Arbeitsgesellschaft Zugewinne an persönlicher Handlungsfreiheit erlangen lassen, wenn der zeitliche Aufwand für Lohnarbeit zurückgeht, grüne Technologien entwickelt werden, wenn Konsumangebote wie Flugreisen, Tiefkühlkost oder exotische Lebensmittel durch einen neuen Blick auf die Landschaften vor der Tür und den Umgang mit heimischen Produkten überflüssig werden.

Diese Erkenntnis hat mit der durch die Coronapandemie erzwungenen Quarantäne eine Breitenwirkung erlangt, mit der im normalen Gesellschaftsbetrieb nicht zu rechnen war. Auf die eigenen vier Wände und sich selbst zurückgeworfen fangen die Menschen an, Fragen aufzuwerfen, die zu stellen zuvor keine Zeit war oder die in der geschäftigen Betriebsamkeit alltäglicher Arbeit untergingen. Wenn irgend etwas Positives aus der gesundheitlichen Bedrohung durch das Coronavirus entstehen könnte, dann ist es die Besinnung auf Fragen danach, wie die Menschen leben und arbeiten wollen, wie sich ihre sozialen Beziehungen auf andere Weise produktiv machen lassen als einander im gegenseitigen Wettstreit um das Übriggebliebene niederzumachen. Der eiserne Panzer der herrschenden Zwangsverhältnisse zeigt Risse, die sich angesichts dessen, daß mit einer Rückkehr zum vertrauten Normalzustand kaum zu rechnen ist, möglicherweise nicht mehr schließen lassen. "Fragend schreiten wir voran" - der Losung der Zapatistas, die die Antiglobalisierungsbewegung der Nuller Jahre beflügelt hat, kommt neue Bedeutung zu, denn mehr als Fragen gibt die krisengeschüttelte Gegenwart nicht her.

Vor diesem Hintergrund könnte der schon vor Corona geführten Verzichtsdebatte der bedrohliche Impetus genommen und die Reduktion überbordenden Verbrauchs als Zugewinn erkannt werden. Wo der Druck der permanenten Produktivitätssteigerung und ihr Zweck, die Rationalisierung und Verdichtung menschlicher Arbeit, das Zerstörungspotential der industriellen Zurichtung der Reproduktion des Lebens und der instrumentelle Charakter der Konditionierung aller Wechselverhältnisse und Kommunikationsprozesse auf informationstechnische Systeme einmal kritisch reflektiert werden, tritt der inakzeptable Stand herrschender Vergesellschaftungsformen wie von selbst hervor. Zahlreiche alternative Lebens- und Arbeitsformen wie die der Commons-Bewegung, der Solidarischen Landwirtschaft, der Transition Town-Bewegung, autonomer Hausprojekte, selbstorganisierter Landkollektive und vieles mehr sind aus der Erkenntnis entstanden, die Entfremdung des Kapitalverhältnisses auf emanzipatorische Weise zu überwinden.

Was bereits seit Jahrzehnten an den Rändern und in den Nischen der Republik im Gange ist, könnte sich durchaus als Avantgarde einer Massenbewegung erweisen, die insbesondere für jüngere Menschen von großem Interesse ist. Sich selbst kulturell zu betätigen, anstatt auf Unterhaltungsangebote angewiesen zu sein, kollektiv zu leben und selbstbestimmt zu arbeiten, anstatt in Schule, Uni und Beruf auf eine gesellschaftlich anerkannte Karriere gedrillt zu werden - die ungenutzten Möglichkeiten sind zahllos. Sie lassen sich, wenn sie das Gros der Menschen betreffen sollten, die mit Freude aus dem Hamsterrad aussteigen, allerdings

nur auf veränderter gesellschaftlicher Grundlage erschließen. Die Herren der Fabriken und Kasernen, der Unternehmen und Technologieschmieden werden nicht kampflos den Platz räumen, den sie schon so lange unter erheblichem Vergießen von Blut und Zufügen von Schmerz behaupten.

Aus individueller Schwäche und Verletzlichkeit kollektive Stärke zu gewinnen ist nicht zufällig ein Merkmal jener Bewegungen, die sich gegen kolonialistische Ausbeutung und menschenfeindliche Grenzziehungen richten, die die Probleme der schwächsten, überflüssig gemachten Menschen zu ihren machen und daran festhalten, auch wenn der Gegenwind immer heftiger bläst. Was an erstrebenswerten Alternativkulturen und neuen Praktiken sozialer Reproduktion bereits erkämpft wurde, müßte sich im Verlauf dieser Entwicklung allerdings frei davon machen, von den Überschüssen in immer größeren Teilen leerlaufender kapitalistischer Produktion zu leben, die es mit immer neuer Legitimität versorgen. Bevor diese Produktionsform mit Gegenentwürfen abgelöst wird, die ihr ein lebensfeindliches Biotop sind, wäre der harte und steinige Teil des Weges noch zu bewältigen.

Da die Versorgungsgarantien, mit denen sich die monopolistische Macht herrschender Produktionsverhältnisse von Widerspruch und Widerstand freigehalten hat, den düsteren Prognosen gemäß in näherer Zukunft immer dünner und schließlich auslaufen werden, stehen ohnehin harte Zeiten bevor. Ob es zu einer postpandemischen Phase kommt oder die Menschen auf Jahre hinaus mit der endemisch gewordenen Gefahr der Erkrankung durch diesen und andere Erreger leben müssen, in jedem Fall dürfte der unverhüllt hervortretende Widerspruchscharakter dieser Produktions- und Reproduktionsform Erschütterungen von epochaler Art anstoßen.

Die außerparlamentarische Linke könnte es als Chance begreifen, die Arbeit am Übergang in ein anderes Leben, der so oder so nicht zu umgehen sein wird, auf solidarische und kämpferische Weise in Angriff zu nehmen. Die Zukunft auf diese Weise vorwegzunehmen wäre bereits gleichbedeutend mit dem Ende von Verzicht und Entfremdung. Das Warten auf bessere Gelegenheiten, der Glaube an das kleinere Übel, das Hoffen auf ein Wunder und der Blick darauf, ob der jeweils andere vorangeht, um es nicht selbst tun zu müssen, könnten keine Bremskraft mehr entfalten.

http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/sele1061.html

UMWELT / REDAKTION / KLIMA

Arabisches Meer - Überlebenskampf und Klimanot ...

(SB) 7. Mai 2020 - Die Klimaforschung arbeitet seit Jahrzehnten daran, die physikalischen Veränderungen der Natursysteme unter dem Einfluß der globalen Erwärmung in Computersimulationen nachzustellen. Auf dieser Grundlage werden Trends möglicher Klimaentwicklungen aufgezeigt. Eine solche Modellierung gilt als zuverlässig bzw. "robust", wenn damit zurückliegende Ereignisse und Prozesse treffgenau nachgestellt werden können.

Diese Methode hat zwar ihre Grenzen, beispielsweise wenn nicht alle denkbaren Parameter in das Modell einberechnet wurden oder wenn unvorhergesehene, da vielleicht erdgeschichtlich seltene oder erstmalige Ereignisse eintreten, aber die Computersimulation zählt zum klimawissenschaftlichen Standard. Das abstrahierende Verfahren ergänzt die Feld- und Laborarbeit, ebenso wie umgekehrt diese die Daten für die Berechnungen liefert.

Vor kurzem hat eine internationale Forschungsgruppe um Joaquim I. Goes vom Lamont-Doherty Earth Observatory der Columbia University in New York eine Studie in "Nature Scientific Reports"

[1] vorgestellt, bei der ein großräumiger Teilaspekt der Klimaentwicklung näher beleuchtet wurde.

Die Nahrungskette im Arabischen Meer wurde in Folge von Veränderungen an weit entfernten Orten durchbrochen. Vom Gebirgskomplex tibetisches Hochland-Himalaya, von dem sich die Gletscher und Schneefelder aufgrund der globalen Erwärmung nach und nach zurückziehen, wehen im Winter zunehmend wärmere Winde herab auf die tropischen Meeresgebiete. Diese werden nicht mehr so stark aufgewirbelt und durchmischt wie früher, als die Winde noch kälter waren. Durch sie waren in der Vergangenheit zuverlässig Nährstoffe von tieferen in die oberen Schichten des Indischen Ozeans und seiner Randmeere wie dem Arabischen Meer eingebracht worden.

Der heutzutage geringere Temperaturunterschied zwischen dem tropisch warmen Wasser und den im Winter tendenziell wärmeren Winden aus dem Hochgebirge hat zur Folge, daß das Meer nicht mehr so stark aufgewühlt wird. Die daraufhin nährstoffarm bleibenden oberen Meeresschichten werden inzwischen alljährlich bis ins Arabische Meer hinein von einer einzigen Planktonart, Noctiluca scintillans (Meeresleuchttierchen), dominiert. Diese Einzeller kommen mit wenigen Nährstoffen gut zurecht und dienen ihrerseits nur wenigen Tierarten als Nahrung.

Das Meeresleuchttierchen, das pflanzliche und tierische Eigenschaften in sich vereint, setzt größere Mengen Ammonium frei, das Fischen gefährlich werden kann. Phytoplankton dagegen, das traditionell die Basis der Nahrungskette in dem Meeresgebiet war, wurde nicht nur verdrängt, sondern wird von Noctiluca sogar absorbiert. Das hat zur Folge, daß den Fischen nicht mehr die gewohnte Nahrungsmenge zur Verfügung steht und sie daraufhin weniger Nachkommen zeugen. Darüber hinaus wird beim Zerfall von verstorbenen Einzellern der Meeresumgebung Sauerstoff entzogen. Auch deshalb sind die Algenblüten eine Plage, denn sie erzeugen sauerstoffarme Zonen, in denen die Fische sterben.

In Folge dieses Rückgangs ist der Fischfang eingebrochen, von dem 150 Millionen Menschen ökonomisch abhängig sind, und die Fischer müssen sich andere Berufsfelder erschließen. Da sie über Boote verfügen, bietet sich manchem von ihnen offenbar eine Alternative besonders gut an, die Piraterie. Auch in anderen Gewässern bereitet Noctiluca scintillans Probleme, beispielsweise in den Küstengewässern von Indien, Indonesien, Thailand, Vietnam und den Seychellen.

Ende der 1990er Jahre war im Arabischen Meer zum ersten Mal das Auftreten von Noctiluca beobachtet worden. Seitdem herrschen dort mehrere Monate im Jahr jene nachtleuchtenden Algenblüten. Und das Phänomen weitet sich drastisch aus, wie anhand von Satellitenaufnahmen der US-Weltraumagentur NASA gezeigt werden kann.

Zu den wenigen Tierarten, die sich von Noctiluca ernähren, gehören Salpen und Quallen. Die werden von den Algenblüten angezogen und vermehren sich dank der üppigen Nahrungsgrundlage ebenfalls kräftig. Beide zusammen, Quallen und Noctiluca, bilden dann vor allem in Küstennähe riesige Teppiche aus schleimigen Massen, die regelmäßig den Betrieb von am Meer gelegenen Installationen wie Ölraffinerien, Aquakulturen und Meerwasserentsalzungsanlagen behindern. Touristen sind ebenfalls nicht sonderlich erbaut, wenn sie zum kühnem Sprung ins Meer ansetzen, aber in einer Art Schleimsuppe landen.

Ein Malheur, das allerdings noch leicht zu verschmerzen sein dürfte verglichen mit den anderen ökologischen und sozioökonomischen Folgen der globalen Erwärmung im Arabischen Meer. Die Studie veranschaulicht die Komplexität der Atmosphäre-Meer-Wechselwirkungen, die der Klimawandel bereits jetzt mit sich gebracht hat und in Zukunft noch verstärkt mit sich bringen dürfte. Die Existenz des Klimawandels zu leugnen heißt, seine unübersehbaren Begleiterscheinungen zu leugnen.

Anmerkung:

[1] https://www.nature.com/articles/s41598-020-64360-2.pdf

http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umkl-753.html

SCHACH - SPHINX

Fortsetzung von Seite 6:

Auflösung letztes Sphinx-Rätsel:

Podzielny ließ sich den sauer verdienten Sieg nicht mehr nehmen und zerstörte alle etwaigen Remishoffnungen des Ungarn Portisch mit 1.Dh4- e4! Kg8-g7 2.Ld5xf7 Kg7xf7 3.d7-d8D Lf6xd8 4.Td1-d7+ Schwarz gab angesichts des unvermeidlichen Matts auf.

KINDERBLICK / NATURKUNDE / VORSICHT

Viren - und ihre Entdeckung ...

(SB) 7. Mai 2020 - Mit der Erfindung des Lichtmikroskops von Zacharias Janssen, der seine Konstruktion 1609 auf der Frankfurter Messe vorgeführt hat und Antoni van Leeuwenhoek, dem es gelang ein weitaus besseres Mikroskop zu bauen, mit dem er in der Lage war, eine 270fache Vergrößerung zu erzielen, begann die Erforschung der Mikroorganismen. Wann genau Leeuwenhoek das erste Gerät dieser Art gebaut hat, ist nicht sicher, jedenfalls stammt das erste dokumentierte Ergebnis seiner mikroskopischen Betrachtung aus dem Jahr 1668, in dem ihm das Sichtbarmachen von roten Blutkörperchen im Kapillarsystem von Tieren (Kaninchen, Frosch) gelang.

Es folgten eine Reihe weiterer Untersuchungen und Entdeckungen, beispielsweise 1675 die Beobachtung und Beschreibung von Bakterien, die Leeuwenhoek in Bazillen, Kokken und Spirillen unterteilte. Damit war ein Einblick in eine völlig neue Welt ermöglicht worden, die Welt der Mikroorganismen. Es dauerte Jahrhunderte der Erforschung, immer neue Proben wurden von den verschiedensten Stoffen untersucht, von Blut, Zahnbelag, Wasser, Milch, Haut und unzähligen anderen Materialien. Mit der Zeit wurden die beobachteten Mikroorganismen geordnet und immer genauer beschrieben. In den 1800er Jahren vermutete man dann einen direkten Zusammenhang zwischen dem Ausbruch von Krankheiten und Seuchen und bestimmten Bakterien.

Ein langer Weg zur Entdeckung der Viren

Zu dieser Zeit befassten sich Wissenschaftler in vielen Ländern der Welt mit den winzigen Wesen, die unter dem Mikroskop sichtbar wurden. Dafür gab es einen schwerwiegenden Grund: Krankheiten wie Pest, Cholera, Milzbrand, Maul- und Klauenseuche, Tollwut und Tuberkulose breiteten sich aus und forderten abertausende Todesopfer. Sie waren hoch ansteckend, doch war damals noch nicht sicher, auf welchem Wege eine Infektion erfolgt oder gar durch welche Bakterien sie ausgelöst wird.

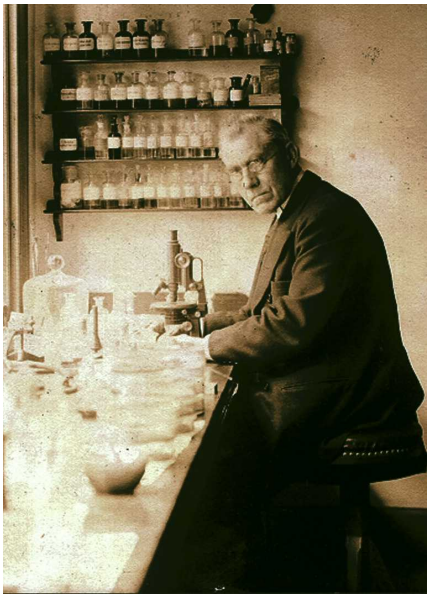
Adold Mayer
Porträtfoto von 1875
Fotografie: J. & L . Allgeyer, Karlsruhe/Rastatt / Public domain, via Wikimedia Commons

In Deutschland versuchte der Wissenschaftler Adolf Mayer (1843-1942) herauszufinden, ob die Tabakmosaikkrankheit durch bestimmte Erreger übertragen wird. Diese Erkrankung betrifft hauptsächlich Tabakpflanzen, Tomaten, auch Kürbispflanzen, nicht aber den Menschen. Doch warum untersuchte man damals ausgerechnet Tabak? Es war die Zeit, in der viele europäische Länder Kolonien in Afrika, Indien oder Amerika in Besitz nahmen und dort unter anderem auch Tabakplantagen aufbauten, auf denen Sklaven hart arbeiten mussten. Der Ausbruch dieser Krankheit war für die Kolonialherren ein herber Verlust und sollte möglichst eingedämmt beziehungsweise verhindert werden. Bei einer erkrankten Tabakpflanze zeigen sich auf den Blättern mosaikartige helle Flecken, die nicht mehr versorgt werden, was dann schließlich zum Absterben der Pflanze führt. A. Mayer zerrieb befallene Blätter und strich den dabei abgesonderten Pflanzensaft auf gesunde Pflanzen, die kurz darauf ebenfalls die Tabakmosaikkrankheit (TMK) erlitten. Damit war klar, dass der Pflanzensaft etwas mit der Übertragung der Krankheit zu tun haben muss.

Dem Viren-Rätsel einen Schritt näher gekommen

In Russland forschte zu dieser Zeit Dimitri Iwanowski (1864-1920) an dem gleichen Problem.

Er benutzte einen besonderen Filter aus unglasiertem Porzellan, der Bakterien zurückhält, den sogenannten Chamberlandfilter. Durch ihn filterte er den ausgepressten Saft der Tabakpflanze. Das Filtrat müsste dann bakteriologisch steril sein, da sämtliche Bakterien im Filter verblieben sind. Doch wurde das angeblich sterile Filtrat auf ein gesundes Pflanzenblatt gerieben, so erkrankte auch diese Tabakpflanze. Die Bakterien konnten also nicht die gesuchten Erreger sein. Die Vermutung war, dass entweder ganz winzige, noch unbekannte Bakterien den Filter doch passieren konnten, oder dass Bakterien Toxine (Gifte) absondern, die durch den Filter gelangen konnten.



Links: Dimitri Iwanowski
Foto: ca. 1910, Public domain, via Wikimedia Commons
Rechts: Martinus Beijerinck in seinem Labor
Foto: 1921, Public domain, via Wikimedia Commons

Der Niederländer Martinus Beijerinck (1851-1931) beschäftigte sich ebenfalls mit dieser Pflanzenkrankheit und konnte ausschließen, dass es sich bei dem Pflanzensaftfiltrat um einen Giftstoff handelt. Er verdünnte es weiter und weiter und doch löste auch das hochverdünnte Filtrat weiterhin die Tabakmosaikkrankheit aus. Martinus Beijerinck stellte noch eine Reihe weiterer Untersuchungen an, durch die er ausschließen konnte, dass es sich um einen pilzlichen oder bakteriellen Erreger handelt. Seine wichtigste Beobachtung war jedoch, dass die Vermehrung dieses noch unbekannten Erregers nur in dem lebenden Pflanzengewebe stattfand und nicht außerhalb der Pflanze möglich war. Für die weiteren Forschungen war diese Beobachtung von großer Bedeutung. Heute ist bekannt, dass Viren sich nur in lebenden Körperzellen vermehren können, damals hatte man davon noch keine Kenntnis.

Die Unbekannten nehmen Gestalt an

Ende des 19. Jahrhunderts brach in Deutschland eine schlimme Krankheit aus, die Maul- und Klauenseuche (MKS), an der Rinder und Schweine zu Hunderttausenden verendeten. Der Infektionsforscher Friedrich Loeffler (1852-1915) erhielt 1896 den Auftrag, den Erreger dieser Seuche zu ermitteln und nach Möglichkeit ein Gegenmittel herzustellen. Er war kein unbekannter Wissenschaftler, sondern ein Schüler des berühmten Robert Koch, der den Tuberkelbazillus entdeckte.

Oben: Friedrich Loeffler
Foto: ca. 1900, Public domain, via Wikimedia Commons
Unten: Paul Frosch
Foto: 1910, Public domain, via Wikimedia Commons

Friedrich Loeffler gelang es in den 1880er Jahren die Erreger von Rotz, Rotlauf und Diphterie

zu erkennen. Gemeinsam mit dem Wissenschaftler Paul Frosch (1860-1928) arbeitete er an der Erforschung des Erregers der Maul- und Klauenseuche. Zur Hilfe kam ihnen ein weiterer Schüler von Robert Koch, der Japaner Shibasaburo Kitasato (1853-1931). Er hatte einen noch feineren Filter als den Chamberland-Filter konstruiert, dessen Poren selbst die allerkleinsten Partikel abfingen. Durch diesen sogenannten Kitasato-Filter ließen Loeffler und Frosch Lymphflüssigkeit von erkrankten Tieren fließen. Nach zweimaligem Filtern war die Flüssigkeit steril. Daraus zogen sie den Schluss, dass die Erreger kleiner als ein Bakterium sein müssten, dass es sich dabei aber schon um eine Art Partikel handelte, die im Filter zurückgeblieben waren. Mit ihren Forschungen waren Loeffler und Frosch dem Erkennen von Viren einen gewaltigen Schritt nähergekommen. Die beiden Forscher vermuteten, dass diese noch unbekannten Erreger vielleicht auch Krankheiten wie Pocken, Kuhpocken, Masern oder Rinderpest auslösen.

Erste Versuche auf der Insel Riems

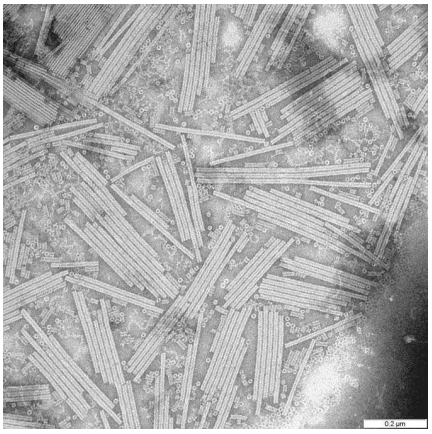
Auf der Insel Riems startete Friedrich Loeffler weitere Untersuchungen an der Lymphflüssigkeit von Tieren, die an der Maul- und Klauenseuche erkrankt waren. Er wollte verhindern, dass sich der gesuchte Erreger weit verbreiten konnte, sondern auf dem abgegrenzten Gebiet der Insel verblieb. 1910 begann er seine Forschungen begonnen und diese wurden ohne ihn dort fortgeführt, da er mittlerweile zum Direktor des Robert Koch Instituts ernannt wurde. Doch erst lange nach seinem Tod im Jahr 1938 gelang es den dortigen Wissenschaftlern, einen Impfstoff gegen diese Tierseuche zu entwickeln.

Neue Mikroskope lassen mehr erkennen

Dann, 1935, gelang es dem amerikanischen Wissenschaftler Wendell M. Stanley, die Annahme seines russischen Kollegen Dimitri Iwanowski zu bestätigen, der vermutete, dass es sich bei dem Erreger um noch viel winzigere Mikroorganismen handeln müsse als Bakterien. W. M. Stanley entdeckte nach mehr als 50 Jahren aufwendiger Suche sehr, sehr kleine Partikel, die er aus dem Extrakt von Tabakpflanzen isolieren konnte.

Wendell M. Stanley
Foto: 1946, Public domain, via Wikimedia Commons

Dabei handelte es sich um winzige Kristallnadeln, die eben gerade noch unter dem Lichtmikroskop erkennbar waren. Das Auffallende daran: sie vermehrten sich nicht, blieben aber hochinfektiös. Vermutlich nannte W. M. Stanley sie deswegen "virus", das lateinische Wort für "Gift". Damals konnte er noch nicht erkennen, dass diese Kristallnadeln aus vielen einzelnen Viren bestehen.



Winzige Kristallnadeln unter dem Mikroskop erkennbar
Foto: 2006, by T. Moravec / Public domain, via Wikimedia Commons

Die Entwicklung des Mikroskops schritt voran. 1940 wurde das erste Elektronenmikroskop gebaut, mit dem Viren zu erkennen sind. In den nächsten Jahren ließen sich hiermit weitere dieser Winzlinge nachweisen. Bis heute wurden die Erkenntnisse über die Viren und ihre Vermehrung vertieft, was auch dank immer neuer und weiter entwickelter Mikroskope (Rasterelektronenmikroskop, Rastertunnelmikroskop, Röntgenmikroskop etc.) möglich wurde.

Bedenkt man, dass die Forscher und Wissenschaftler der vergangenen Jahrhunderte, die alle gemeinsam auf diesem Forschungsgebiet arbeiteten, ihr Wissen nur mittels Briefwechsel oder Veröffentlichungen in Fachjournalen bekanntmachen konnten, kann man sich vorstellen, wie engagiert

Schattenblick

Informativ, sozial- und umweltkritisch, engagiert

Seit 2013 auch als Wochendruckausgabe
mit Berichten, Reportagen, Kommentaren und Interviews der **Schattenblick-Redaktion,** der **internationalen Nachrichtenagentur Pressenza** und des **Pressedienstes poonal** mit kritischen Analysen und Hintergründen aus aller Welt.

Einzelpreis: € 8,50 inkl. Versandkosten.
Abonnementpreis für vier aufeinander folgende Ausgaben:
€ 28,- inkl. Versandkosten

Für eine Bestellung ist der Preis auf das unten angegebene Konto zu überweisen. Bei Fortsetzungswunsch des Abonnements ist dieser sieben Tage vor Ablauf der ersten Abo-Bestellung mit jeweils € 28,- fortgesetzter Überweisung für die entsprechenden nächsten Ausgaben zu bestätigen. Bleibt eine Bestätigung während dieses Zeitraums aus, gilt das Abonnement als fristgemäß gekündigt. Bei einer Einzelbestellung muß die Einzahlung ebenfalls sieben Tage vor Erhalt getätigt worden sein.

Bestellung unter:
MA-Verlag, Commerzbank Heide
IBAN: DE54 2184 0078 0432 8720 00
BIC: COBADEFFXXX

MA-Verlag
Redaktion Schattenblick
Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
Telefon: 04837 / 90 26 98
E-Mail: redaktion@schattenblick.de
Internet: www.schattenblick.de

Schattenblick Wochendruckausgabe
- fassen, lesen und begreifen -

und interessiert sie gewesen sein müssen, um die Anregungen und Ergebnisse der anderen weiter zu denken, zu bestätigen oder zu widerlegen. Weder Telefon oder Internet sorgten für einen schnellen Informationsaustausch, der den Wissenschaftlern in unserer Zeit die Arbeit erleichtert. Sollte es also jetzt nicht noch viel besser möglich sein, dass Wissenschaftler weltweit gemeinsam an der Erforschung der Viruserkrankungen arbeiten?

Die Forschung auf diesem Gebiet ist noch lange nicht beendet, immer wieder werden neue Viren oder Veränderungen von bekannten Viren entdeckt. Jede neue Viruserkrankung stellt Mediziner und Wissenschaftler vor die Aufgabe, Impfstoffe zu entwickeln, um den Ausbruch und die Ausbreitung dieser Krankheiten zu verhindern.

Diesem Artikel liegen folgende Quellen zugrunde:

https://www.rki.de/DE/Content/Institut/Geschichte/Bildband_Salon/1921-1930.html

https://www.lichtmikroskop.net/-geschichte/antoni-van-leeuwenhoek.php

https://www.lichtmikroskop.net/-geschichte/zacharias-janssen.php

https://www.planet-wissen.-de/natur/mikroorganismen/viren/pwiedieentdeckungderviren100.html

http://www.schattenblick.de/infopool/kind/natur/knvs0024.html

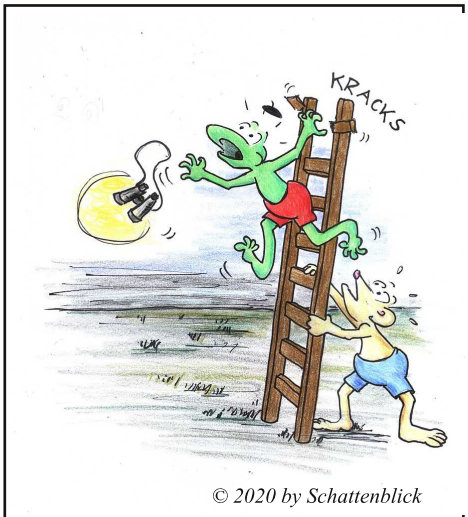
__I n h a l t_____Ausgabe 3258 / Freitag, den 8. Mai 2020__

1 MEINUNGEN: Drohende Attacken machen keinen Frieden (Pressenza)
4 EUROPOOL - REDAKTION: Brexit - die Wunde entzündet sich ...
6 EUROPOOL: COVID-19 in Italien - ..., Schreck, Verlauf ... 7.5.2020
6 SCHACH-SPHINX: Friedvolle Aura
7 POLITIK - KOMMENTAR: Europa - gegen den Rest der Welt ...
10 POLITIK - KOMMENTAR: Quarantäne, Klimakrise und der Rest - Neue Reproduktions- und Konsumkulturen ...
12 UMWELT: Arabisches Meer - Überlebenskampf und Klimanot ...
14 KINDERBLICK - NATURKUNDE: Viren - und ihre Entdeckung ...
18 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 08. Mai 2020

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 8. Mai 2020

Vorhersage für den 08.05.2020 bis zum 09.05.2020



© 2020 by Schattenblick

Morgens rufen Nebel wach,
über Tag, da ist es heiter,
Wind aus Westen, der weht schwach,
Jean, der Frosch, fällt von der Leiter.

IMPRESSUM **Elektronische Zeitung Schattenblick**
Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.